

## In dieser Ausgabe

Seelow flaggt für Frieden ohne Atomwaffen

Seite 3

Mehr häusliche Gewalt in der Ausnahmesituation?

Seite 4

Sommerklausur der Linksfraktion MOL bei heißen Temperaturen und Themen

Seite 5

Wer soll für uns in den Bundestag?

Seiten 6 und 7

Ringem um Kreiskulturhaus Rüdersdorf

Seite 9

Anja Mayer zum Weg der LINKEN

Seite 11

Redaktionsschluss der nächsten Impulse:

1. September 2020

Erscheinen der nächsten Impulse:

15. September 2020



## Für eine friedlichere Welt ohne Kriege und atomare Bedrohung

Anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September 2020 machen DIE LINKE. Kreisverband Märkisch-Oderland und Stadtverband Strausberg auf die zunehmende Gefährdung des Friedens aufmerksam und fordern in einem Appell:

- **Waffenexporte verbieten, vor allem in Krisengebiete!**
- **Keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee!**
- **Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr!**
- **Bekämpfung der Fluchtursachen, beginnend bei der Beendigung der militärischen Konflikte!**
- **Menschenrechte durchsetzen, Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung gewährleisten!**
- **Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland!**

Bis zum Redaktionsschluss fand der Friedensappell bereits namhafte Unterzeichner wie Dr. Uta Barkusky, Lutz Boede, Marco Büchel, Kathrin Dannenberg, Dr. Diether Dehm, Özlem Alev Demirel, Dr. Dagmar Enkelmann, Bettina Fortunato, Gerhard Giese, Thomas Kachel, Kerstin Kaiser, Holger Kippenhahn, Dr. Gesine Löttsch, Niels-Olaf Lüders, Anja Mayer, Camillo Menzel, Amira Mohamed Ali (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Bundestag), Dr. Alexander Neu, Dr. Almuth Püschel, Arnold Sabisch, Hans-Günter Schleife, Gustav-Adolf Schur, Katharina Slanina, Kirsten Tackmann, Leo van Elsberg, Dr. Sahra Wagenknecht, Sebastian Walter, Gregor Weiß, Wolfram Wetzig, Stefan Wollenberg, Gerd Wolff, Joachim Zappe sowie Mitglieder des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA/GT.

## Vielfältiges Programm in Friedenswochen trotz Corona

Ein deutliches Zeichen gegen Krieg, Hetze, Aufrüstung, Waffenexporte sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr setzt DIE LINKE. Märkisch-Oderland mit ihren traditionellen Friedenswochen um den Weltfriedenstag am 1. September herum auch in diesem Jahr trotz Corona. In der gegenwärtigen Ausnahmesituation werden es weniger, dennoch ebenso gut vernehmbare Veranstaltungen im Landkreis sein:

„1917“: Apokalypse damals

25. August, 19 Uhr, Letschin, Haus Lichtblick, Karl-Marx-Straße 2

„1917“ ist ein spannender, wahrhaftiger

Antikriegsfilm, in dem Oscarpreisträger Sam Mendes den Irrsinn von Kriegen eindrucksvoll widerspiegelt. Im Ersten Weltkrieg an der Westfront herrschen im Stellungskrieg Abstumpfung, Langeweile, Zynismus, Wahnsinn.

### Menschenleben retten

28. August, 18 Uhr, Bad Freienwalde, Konzerthalle, Georgenkirchstr. 1

Andreas Steinert vom Verein „Wir packen´s an - Nothilfe für Geflüchtete“ berichtet über die Situation von Flüchtlingen in Griechenland. Die Initiative schickt Hilfstrucks in griechische Flüchtlingslager und informierte sich vor Ort.

### Menschenkette trägt Friedensgedanken

29. August, 11 bis 12 Uhr, Strausberg ab Markt

Eine Menschenkette mit Plakaten, Fahnen, Musik und bunten Kultureinlagen will auf das Friedenthema aufmerksam machen. Auf der Strecke vom Markt, entlang der Großen Straße bis zum Landsberger Tor werden sich dazu unter Einhaltung von Sicherheitsabständen Teilnehmer aus dem gesamten Landkreis versammeln.

### Überdimensionale Friedenstaube auf dem Marktplatz

1. September, 10 bis 12 Uhr, Seelow, Marktplatz

An diesem Markttag flattert eine riesige Friedenstaube auf einem Banner über den Platz. Mitglieder der LINKEN wollen unter diesem markanten Zeichen Unterschriften sammeln für den Appell mehrerer Friedensorganisationen wie IPPNW an die Bundesregierung, das UN-Atomwaffenverbot endlich zu unterzeichnen. 122 Staaten haben 2017 den Vertrag beschlossen. Deutschland fehlt bisher.

### Der besonderer Gedenkort

Seelower Höhen

1. September, 18 Uhr, Podiumsdiskussion, Seelow, Kulturhaus, Erich-Weinert-Str. 13

Auf der Veranstaltung von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Modrow-Stiftung und Verein „alternativen denken“ diskutieren namhafte Persönlichkeiten über die Zukunft des besonderen erinnerungspolitischen Platzes. Zuvor findet um 16 Uhr ein Rundgang durch die Gedenkstätte statt.

### Kunst will Frieden

5. September, ab 10 Uhr, Buckow, Marktplatz

Die Buckower LINKE wird zusammen mit Buckower Freizeitkünstlern und Euch einen Aktionsnachmittag gestalten.

### Antifaschisten gedenken der Opfer des Faschismus

13. September, 10 Uhr, Strausberg, OdF-Ehrenhain, Wriezener Str. (hinter Bonhoeffer-Seniorenheim)

Junge AntifaschistInnen bestreiten die diesjährige Gedenkveranstaltung am Tag der Opfer des Faschismus am OdF-Ehrenhain. Die Gedenkrede hält Niels-Olaf Lüders, Kreisvorsitzender der LINKEN. Märkisch-Oderland.

## Aus dem Friedensappell der LINKEN zum Weltfriedenstag

Der Corona-Situation geschuldet, kann das traditionsreiche Strausberger Friedensfest in diesem Jahr nicht wie gewohnt als großes sozio-kulturelles Fest stattfinden.

Mit diesem Appell anlässlich des Weltfriedenstages 2020 wollen DIE LINKE. Märkisch-Oderland und Strausberg dennoch auf die zunehmende Gefährdung des Friedens aufmerksam machen.

Da auch die geplante friedenspolitische Konferenz nicht durchgeführt werden kann, bitten wir einige der Teilnehmer um kurze Betrachtungen zur gegenwärtigen Situation:



Wir sind von tiefer Dankbarkeit erfüllt, dass den Völkern Mitteleuropas in den letzten 75 Jahren die schreckliche Erfahrung eines

Krieges erspart geblieben ist. Darauf können wir aber nur deswegen zurückblicken, weil es den Menschen (Völkern) der von Hitlerdeutschland am 22. Juni 1941 überfallenen Sowjetunion mit der Unterstützung der Alliierten am 8. Mai 1945 nach langem und opferreichem Kampf gelungen war, den deutschen Faschismus zur Kapitulation zu zwingen. Dieses millionenfache Sterben und die Trauer um die Opfer dieses Irrsinns war den meisten der befreiten Menschen eine Lehre: „Nie wieder Krieg!“. Aber sind deswegen die imperialistische Kriegstreiberei und die Hetze gegen andere Völker verschwunden? Nein, sie wurden durch die im Kern immer ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen gesteuerten, verantwortungslosen Cliquen lediglich in Stellvertreterkriege an andere Plätze in der Welt verlagert und auch in Europa wird inzwischen wieder gezündelt. Wir sind es aber den Opfern unserer Befreier und unseren Kindern schuldig, dass damit endlich Schluss gemacht wird.

**Niels-Olaf Lüders**, Vorsitzender des Kreisverbandes MOL und des Stadtverbandes Strausberg DIE LINKE.



Vor 30 Jahren wurde in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada gemeinsam formuliert: „Das Zeitalter der

Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“ In den vergangenen Jahren haben sich die westlichen Staaten von dieser Erklärung immer weiter entfernt.



Die wichtigste Konferenz zur Neuordnung Deutschlands und Europas nach der Befreiung vom Faschismus war ohne Zweifel die Potsdamer Kon-

ferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Das Abkommen zielte auf eine stabile friedliche Nachkriegsordnung, in der die Rolle der Vereinten Nationen als Konfliktvermittler gestärkt würde. Dies ist eine Perspektive, die bis heute Bedeutung hat. Es wurden Kriterien für eine antifaschistische und friedliche Perspektive für Deutschland formuliert und dabei Grundsätze zur Behandlung Deutschlands festgelegt. Die Forderungen nach Auflösung hegemonialer Wirtschaftsstrukturen, die Forderung nach wirklicher demokratischer Partizipation und Entmilitarisierung besitzen bis heute visionären Charakter. Durch den unmittelbar danach einsetzenden sogenannten „Kalten Krieg“ verlor das „Potsdamer Abkommen“ schnell an Bedeutung für die Politik der Siegermächte. Es kam u. a. zur Wiederbewaffnung in der BRD und als Reaktion darauf auch der DDR. Das macht noch einmal deutlich: Das Potsdamer Abkommen schuf schnell Fakten und bestätigte die Verantwortung der Siegermächte in der Anti-Hitler-Koalition für Deutschland über das Kriegsende hinaus. Allerdings war es kein völkerrecht-

lich von Vereinbarungen mit Russland im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche spricht schon niemand mehr, denn was zählt heute noch das dem sowjetischen Präsidenten gegebene Wort eines amerikanischen Präsidenten. Jetzt, wo alle Zugeständnisse erfüllt sind, fühlt sich der Westen nicht mehr an sein Wort gebunden. Entgegen aller Bemühungen Russlands steuert die Welt wieder in Richtung Kalter Krieg. Dazu wird jede Gelegenheit genutzt, um Russland zu diskreditieren, zu erniedrigen und zum Sündenbock für alles zu machen, was infolge der aggressiven, auf militärische Konfrontation zielende Politik des US-geführten NATO-Blocks rund um den Globus geschieht.

licher Friedensvertrag. Der kommt auch in den Nachkriegsjahren nicht zustande. Erst mit Abschluss der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ bekommt Deutschland einen Vertrag, der einem Friedensvertrag nahekommt.

**Bettina Fortunato**, Landtagsabgeordnete der LINKEN in Brandenburg



Mit der Teilnahme am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 war Deutschland gewissermaßen 50 Jahre nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands der „Anti-Hitler-Ko-

alition“ beigetreten: Slobodan Milosevic war der von der NATO auserkorene Hitler und die deutsche Politik sowie die Medien befeuerten diesen Spin. Damit war Deutschland endgültig in der Eigenwahrnehmung ihrer Eliten rehabilitiert. Die „Rehabilitierung“ stellt die erste Stufe für neue Weltmachtsansprüche dar. Die zweite Stufe besteht in der Geschichtsrevision der deutschen Elite, aber eben nicht nur der deutschen: Diese Geschichtsrevision will die Ursachen und Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges dahingehend umdeuten, dass Deutschland nicht die alleinige Verantwortung für die Entfesselung des Krieges trage, sondern auch die UdSSR – Stichwort: Hitler-Stalin-Pakt. Die verkürzte Wiedergabe dieses Paktes macht das heutige Russland mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg, womit Deutschland entlastet ist und Russland in eine Art Schuld-Kontinuität gedrängt wird. Aus dieser Logik heraus ist Russland bis heute Aggressor, weshalb die NATO hochrüstet und umfassende Manöver wie Defender 2020 in Osteuropa zum Schutze gegen das aggressive Russland führen müsse.

**Alexander Neu**, Bundestagsabgeordneter der LINKEN

Dabei zeigen doch die jüngsten Ereignisse, dass es in den Regionen mit heißen Kriegen keine Lösung der Konflikte ohne Russland geben kann. Russland hat Interessen und weiß, dass die Probleme des Friedens in Europa und der Welt nur unter Einbeziehung Russlands zu lösen sind.

**Wolfram Wetzig**, Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen, VVN-BdA Märkisch-Oderland

Weitere Betrachtungen von Thomas Kachel, Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und Gerhard Giese vom Strausberger Gesprächskreis auf [www.dielinke-mol.de](http://www.dielinke-mol.de)

## Wirtschaftsinteressen und Handelsrouten im Visier



**Z**u den Unterzeichnern unseres Friedensappells gehört die Europaabgeordnete der LINKEN und Vizevorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) im EU-Parlament Özlem Alev Demirel. Sie sandte uns zu ih-

### rer Unterschrift beigefügtes Statement:

Der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, und der EU-Industriekommissar, Thierry Breton, (zuständig für die EU- Rüstungsindustrie) erklärten, Europa müsse selbstbewusster in der Verteidigungspolitik werden. So müsse die „Softpower EU“ mit einer Militärmacht EU ergänzt werden. Was hinter derartigen Ansagen steht, liegt auf der Hand und ist brandgefährlich. Letztlich geht es hierbei nicht um Verteidigung, sondern um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.

Bereits 2016 wurde mit der sogenannten Global Strategie die Marschroute vorgegeben. Es geht um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und den Schutz wichtiger Handelsrouten – zur Not auch militärisch!

Nach PESCO, der engeren militärischen Zu-

sammenarbeit der Mitgliedstaaten, folgen nun weitere Schritte auf dem Weg zu einer Militärunion: Erstmals sollen verschiedene Budgetlinien, die die Erforschung und Beschaffung von großem Kriegsgerät fördern, für militärisch nutzbare Weltraumprogramme, sowie militärische Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt die sogenannte „Friedensfazilität“, die wenig mit Frieden zu tun hat und völlig intransparent ist. Wie schnell aus Handelskriegen, die derzeit mit harten Bandagen ausgetragen werden, echte Kriege entstehen, das wissen wir in Europa aus unserer eigenen Geschichte.

Derzeit von der EU eingeschlagene Kurs ist also altbekannt und brandgefährlich. Deshalb braucht es eine starke Friedensbewegung, in Deutschland und europaweit!



## Gelebter Schulterschluss – Einigkeit macht stark

**B**lack lives matter in Eberswalde – gemeinsam mit 250 Menschen machten wir im Juli deutlich: Es ist nicht nur Rassismus auf jemanden zu schießen, sondern Rassismus ist Teil des Alltags – strukturell, institutionell aber auch mit Worten oder einfach durch Wegsehen. Rassismus gehört auf den Müllhaufen der Geschichte! Überall!

Solidarische Unterstützung für unsere Barnimer Nachbar\*innen und Mitstreiter\*innen bei einer großartigen Veranstaltung: Gemeinsam gegen Rassismus, immer und überall!

## Seelow flaggt für Frieden und Abrüstung

**D**ie Fraktion DIE LINKE der Stadtverordnetenversammlung Seelow hatte den Antrag gestellt und die Stadt ist seit März 2019 durch den Bürgermeister Mitglied bei „Mayors for Peace“.

Vor dem Seelower Rathaus wurde am 8. Juli die Flagge des weltweiten Bündnisses „Mayors for Peace“ gehisst. Gemeinsam mit vielen anderen Kommunen engagiert sich die Kreisstadt von Märkisch-Oderland seit zwei Jahren auf diese Weise für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. In diesem Jahr fordern die

Bürgermeister mit der Aktion die Verlängerung des New-Start-Vertrages. In dem Abkommen haben die USA und Russland die Begrenzung von Atomwaffen vereinbart. Diese letzte noch gültige Vereinbarung zwischen den Supermächten läuft im Februar 2021 aus.

Außerdem forderten die Bürgermeister alle Staaten auf, den Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 zu unterzeichnen. 122 Länder hätten diesen bereits unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland gehöre bislang nicht dazu, genauso wie alle Atommächte. Schätzungen zufolge sind hierzulande noch immer rund 15 bis 20 amerikanische Atombomben stationiert, was die Teilnehmer der Aktion vor dem Rathaus in Seelow kritisierten und den Abzug forderten.

Es ist aber auch ebenso wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass es andere politische Möglichkeiten gibt,

Konflikte zu lösen, statt Waffen zu exportieren und Kriege zu entfachen.

Seelow trägt dabei eine besondere historische Verantwortung, sich für Frieden weltweit einzusetzen. Bei der Schlacht um die Seelower Höhen haben im zweiten Weltkrieg mehr als 50000 Menschen ihr Leben verloren.

### Wir DIE LINKE. Seelow rufen die Abgeordneten weiterer Städte und Gemeinden auf, in Ihren Kommunen den Antrag auf Beitritt zu stellen.

75 Jahre nach den Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hat sich die Hoffnung der Überlebenden auf eine Welt ohne Kernwaffen immer noch nicht erfüllt. Die Bürgermeister für den Frieden erinnern mit dem Hissen der gemeinsamen Flagge an diesen Wunsch. Wir fordern die Atommächte eindringlich dazu auf, ernsthafte Verhandlungen zur Abschaffung der Nuklearwaffen zu führen und dem 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrag endlich beizutreten.

Die Organisation „Mayors for Peace“ wurde 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima Takehi Araki gegründet. Dahinter steckt die Überlegung, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger verantwortlich sind.

Doris Richter  
Seelow



Foto: A. Fortunato

## Gibt es mehr häusliche Gewalt in der Ausnahmesituation?



**Bettina Fortunato** (MdL)

Sprecherin für Soziales, Frauen, Familie, Gleichstellung, Inklusion und Senioren der Linksfraktion im Landtag Brandenburg

Die Corona-Zeit ist keine leichte Zeit, das spüren wir täglich in verschiedenen Situationen. Den einen ist es nicht streng genug und den anderen ist es langsam leid. Aber was wir ein wenig vergessen bei der ganzen Corona-Pandemie ist die häusliche Gewalt. Nach ersten Berichten aus dem Hilfesystem ist mit einer Zunahme der häuslichen Gewalt an Frauen und folglich der Inanspruchnahme des Hilfesystems zu rechnen.

Unsere Landtagsabgeordnete **Bettina Fortunato** stellte der Landesregierung dazu einige Fragen.

**Frage 1: Hat die Zahl der Funkwageneinsätze aufgrund von häuslicher Gewalt seit den ersten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zugenommen?**

**Antwort:** Polizeiliche Einsätze inkl. Funkwageneinsätze zu häuslicher Gewalt aufgrund der Corona-Pandemie sind in den Systemen der Polizei des Landes Brandenburg nicht automatisiert recherchierbar. Eine rückwirkende Einsatzrecherche zur konkreten Zahl von Einsätzen zu bestätigten Sachverhalten mit Bezug auf häusliche Gewalt ist im Einsatz- und Leitsystem ebenfalls nicht möglich, da es sich lediglich um eine Einsatzdokumentation handelt, welche nicht statistisch nachgehalten wird.

**Frage 2: Hat die Zahl der Anzeigen aufgrund von häuslicher Gewalt (inkl. Anzeigen nach dem Gewaltschutzgesetz) seit den ersten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zugenommen? Bitte geben Sie Vergleichszahlen aus dem Vorjahr mit an.**

**Antwort:** Zur Beantwortung der Anfrage wurden Daten aus zwei polizeilichen Informationssystemen abgerufen. Dazu wurden entsprechende Recherchen auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erstellt. Diese zeichnet sich durch bundeseinheitliche Erfassungen und Zählweisen aus. Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte Ausgangsstatistik, welche durch die PKS-Richtlinien geregelt wird. In der PKS wird der Erkenntnisstand bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen und endgültiger Abgabe der entstandenen Ermittlungsvorgänge bzw. des Schlussberichtes an die Staatsanwaltschaft abgebildet. Demzufolge können erfahrungsgemäß hier noch keine Informationen zur Tatzeit ab dem 16. März 2020 vorliegen. In der PKS werden keine Anzeigen, sondern nur hinreichend konkretisierte Delikte mit PKS-Relevanz registriert. Weitere Informationen wurden aus POLAS (Polizeiliches Auskunftssystem Straftaten) abgehoben. Diese Informationen haben einen aktuelleren Informationsgehalt, da sie kurzfristig nach Anzeigenerstellung eingepflegt werden. Die benötigten Analyseinformationen für den angeforderten Phänomenbereich werden generell in der polizeilichen Vorgangsbearbeitung erfasst, aber nicht zwingend von der polizeilichen Sachbearbeitung abverlangt. Vorliegende Informationen können demzufolge nur Trends der Kriminalitätsentwicklung im konkreten Bereich widerspiegeln und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Aussagekraft der Kriminalitätsdaten ist daher als eingeschränkt zu betrachten. Es ist darauf hinzuweisen, dass die vorliegenden Daten auf Grundlage des vorhandenen Datenbestandes POLAS mit Stand 17. Mai 2020 erstellt wurde. Im Zeitraum vom 16. März 2020 bis 17. Mai 2020 wurden im POLAS 756 Anzeigen mit dem Fallmerkmal „Häusliche Gewalt“ erfasst. Damit wurden 139 Fälle bzw. 22,5 % mehr registriert als

im Vorjahreszeitraum (2019: 617 Fälle). Dazu zählen auch acht Fälle gemäß Gewaltschutzgesetz (2019: 10 Fälle)

**Frage 3: Wie hoch ist die Auslastung der Frauenhäuser? Wurden zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder geschaffen?**

**Antwort:** Eine Abfrage zur Belegungsauslastung beim Netzwerk der Brandenburger Frauenhäuser e. V. ergab mit Stand 20. Mai 2020, dass bis auf 2 der Einrichtungen alle anderen Frauenschutzeinrichtungen im Land noch freie Platzkapazitäten haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine solche Momentaufnahme keine qualifizierte Aussage zur Auslastung der Frauenhäuser abbildet, da sich der Sachstand täglich ändern kann. Grundsätzlich kann angemerkt werden, dass es seit der Pandemie bis dato zu keinem überdurchschnittlichen Anstieg von Aufnahmen gab.

**Frage 4: Wie stark ist die Auslastung der Frauenberatungsstellen?**

**Antwort:** Laut Angaben der Koordinierungsstelle des Netzwerkes der Brandenburger Frauenhäuser waren die Beratungszahlen eher unterdurchschnittlich. Mit Lockerung der Beschränkungen ist demnach nun allmählich ein Anstieg auf das Normalmaß zu verzeichnen.

**Frage 5: Liegen Berichte aus dem Gesundheitssystem vor, ob die Zahl der Frauen, die gesundheitlich versorgt werden mussten aufgrund von häuslicher Gewalt, zugenommen hat?**

**Antwort:** Hierzu liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

**Frage 6: Liegen Ihnen Zahlen oder Berichte vor von getöteten Frauen?**

**Antwort:** Im Zeitraum der pandemiebedingten Einschränkungen kam es zu drei Tötungsdelikten an Frauen im Land Brandenburg (Stand: 18. Mai 2020). Der erste Fall ereignete sich am 11. Mai 2020 in Werder (Havel). Hier tötete der Beschuldigte seine Ehefrau. Zu einem weiteren Fall kam es am 15. Mai 2020 in Zossen. Hier tötete der Beschuldigte zunächst seine Ehefrau und nahm sich dann selbst das Leben. Bei dem dritten Fall am 17. Mai 2020 in Cottbus tötete der Beschuldigte seine Ehefrau.

*Simone Schubert  
Strausberg*

## Wahlen, Corona, Geflüchtete Sommerklausur bei heißen Temperaturen und Themen

Fotos: Renate Adolph

**A**m gefühlt heißesten Tag des Jahres, am 1. August, beriet die Linksfraktion des Kreistages Märkisch-Oderland auf ihrer Sommerklausur ihre Ziele für das 2. Halbjahr. Auf den idyllischen Kulturhof Neufeld bei Neuhardenberg hatten sich die Abgeordneten und dazu auch die Mitglieder des Kreisvorstandes der LINKEN eingeladen.

Sie diskutierten über die bevorstehenden Bundestags- und Landratswahlen 2021, die Integration von Geflüchteten, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Landkreis und vor allem auf Kinder, die Schulentwicklung, kostenfreie Schülerbeförderung, die Finanzierung der Fachleistungsstunden in der Jugendpflege für die freien Träger, über die Entwicklung der Kreismusikschule, deren Angliederung an die Verwaltung die Fraktion seit Längerem fordert sowie über den Umgang mit der AfD.

Bei der Betreuung der 1600 Geflüchte-



Fraktion für eine Gesundheitskarte für die geflüchteten Menschen ein. In allen anderen Landkreisen Brandenburgs hat sich eine solche Karte bewährt. Die Abgeordneten wollen sich zudem weiterhin für eine Kontoüberweisung der mo-

in Diedersdorf bei Seelow auf sich nehmen, um sich ihren ohnehin geringen Unterstützungsbetrag persönlich abzuholen. Außerdem wird sich die Fraktion auch künftig für bessere Bedingungen in Gemeinschaftsunterkünften sowie



ten in MOL warben die Gäste, die Migrationsbeauftragte des Landkreises, Kerstin Dickhoff, sowie Horst Nachtsheim vom Willkommenskreis Neuhardenberg um mehr Unterstützung von Kreistagsabgeordneten. Seit Jahren setzt sich die

natlichen Zuwendungen für die Flüchtlinge engagieren. Hier ist MOL ebenfalls ein Schlusslicht in Brandenburg. Auch Kranke und Menschen mit Behinderung müssen noch immer monatlich umständliche Fahrten zum Sozialamt

für Wohnungen für anerkannte Geflüchtete einsetzen.

Mit der AfD, die rechtsextreme Tendenzen aufweist, schließt die Linksfraktion jegliche Zusammenarbeit aus.

Renate Adolph



## MOL und BAR planen gemeinsam Bundestagswahlen

In der ersten gemeinsamen Sitzung der geschäftsführenden Vorstände der Partei DIE LINKE. Barnim und MOL mit den aktuell bekannten Kandidaten zur Bundestagswahl, Niels Olaf Lüders und

Reimar Pflanz, wurden vor allem Fragen der organisatorischen Vorbereitung der Wahl besprochen.

Der Termin am 23. Juli bot mir als Kreiswahlleiter zusätzlich die Möglichkeit,

einen ersten Gedankenaustausch mit Mitgliedern des zukünftigen Wahlkampfteams aus Barnim durchzuführen.

*Carsten Wenzel*

Als ich im Jahr 2016 Mitglied unserer Partei wurde, wollte ich meine linken Ansichten nicht mehr nur im privaten Umfeld vertreten. Ich wollte aktiv werden und etwas bewegen. Ich habe mir damals nicht vorgestellt, dass es so schnell und so intensiv werden würde. Aber das passt schon, denn halbe Sachen mochte ich noch nie und Leidenschaft ist für mich ein Muss. Seit nunmehr 23 Jahren arbeite ich als Rechtsanwalt, wobei der Schwerpunkt meiner Tätigkeit inzwischen darin besteht, gefährdeten Menschen zu helfen. Im Bereich des Strafrechts eifere ich meinem Vorbild Hans Litten nach. Ich bin glühender Internationalist und viel gereist. Auf einer dieser Reisen lernte ich meine liebe Frau, Emine Lüders, kennen, mit der ich seit einigen Jahren glücklich in Strausberg lebe. Emine ist Lehrerin für türkische Sprache und Literatur. Derzeit arbeitet sie für einen kurdischen Verein in Kreuzberg als Erzieherin und Lehrerin für die kurdische Sprache. Unsere gemeinsame Leidenschaft ist die klassische Musik und gute Literatur. Wir lieben die Natur und die große weite Welt in ihrer kulturellen Vielfalt.

Was will ich? Die Antwort wäre eigentlich recht einfach. Ich möchte, dass unsere Partei stärker und wirkmächtiger wird. Ich meine, dass sich im Kern unseres politischen Programms die wesentlichen Ansätze zur Lösung der entscheidenden Zukunftsprobleme bereits sehr deutlich finden. Deswegen bin ich schließlich in unsere Partei eingetreten. Ich sehe meine Aufgabe also nicht darin, mal eben programmatisch „das Rad neu erfinden“ zu wollen. Das würde ich auch reichlich vermessen finden. Vielmehr danke ich allen Genoss\*innen von ganzem Herzen, die unter teils sehr schwierigen Bedingungen dafür sorgten, dass es die starke linke Kraft unserer Partei noch gibt. Sie ist wichtiger denn je.

## Wer bin ich? Wofür stehe ich? Bewerber für den Bundestag Niels-Olaf Lüders



### Grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen Systems notwendig

Denn inzwischen verstehen zum Beispiel sogar viele der anfangs zwar sehr rebellischen, aber im Grunde genommen doch recht unpolitischen Aktivisten der Fridays-for-Future-Bewegung, dass die dringend nötige ökologische Wende ohne eine grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen Systems, eben ohne einen Systemwechsel, nicht zu haben sein wird. Und so geht es vielen Menschen. Sie sehen immer deutlicher, dass die vor allem von den Grünen angeführten Diskussionen über das Verhalten von „Verbrauchern“ – was für

ein grauenhaftes Unwort zur Klassifizierung von Menschen übrigens – die angestrebte grundlegende Veränderung nicht bewirken können. Dieser von den Herrschenden medial befeuerte Fokus verdeckt vielmehr die eigentlichen Probleme und führt zwangsläufig zu immer schlimmeren sozialen Spaltungen.

Ich hoffe daher und rechne damit, dass viele dieser suchenden Menschen geradezu zwangsläufig zu uns schauen werden. Aber wenn sie dort dann vordergründig einen Zwist um jedes noch so kleine „Randproblem“, keine klare politische Linie, sondern gut gepflegte ideologische Scheuklappen und Schubladen sehen, werden sie die politische Orientierung bei uns nicht weiter suchen wollen. Das wäre so verständlich wie fatal. Deswegen halte ich die Stärkung der Geschlossenheit und des Zusammenhalts unserer Partei für die aktuelle Hauptaufgabe. Unser „Markenkern“ als Partei eines demokratischen und rechtsstaatlichen Sozialismus, die für eine solidarischere und sozial gerechtere Gesellschaft eintritt und im Grunde genommen als einzige Partei den Schlüssel für eine echte ökologische Wende in den Händen hält, sollte uns eigentlich allen klar sein. Um diesen Kern herum gilt es sich als starke Gemeinschaft zu scharen und ihn konsequent zu vertreten. Dafür, dass wir so auftreten und wahrgenommen werden, kämpfe ich. Ich beabsichtige also nicht, meine ganz individuelle linke Schublade zu befüllen. Ich werde auch nicht primär Fehler bei anderen Genoss\*innen suchen, die es zweifelsohne zur Genüge gibt. Vielmehr suche ich Kampfgefährte\*innen für unsere gemeinsame Sache. Konstruktive Kritik ist zwar wichtig. Geschlossenheit, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung ist aber noch viel wichtiger, gerade jetzt!

*Niels-Olaf Lüders*

# Kleines Selbstgespräch eines Bewerbers um die Direktkandidatur zum Bundestag

## Dein Name und ein wenig mehr?

Mein Name ist **Reimar Pflanz**. Wohlmeinende nennen mich einen kritischen Geist. Böswillige bevorzugen das Wort Querulant. Alle sagen von mir, dass ich wenigstens unterhaltsam sei. Seit Ende 2017 bin ich Parteimitglied.

### Warum bewirbst Du Dich um die Kandidatur?

Weil es nicht gut ist, wenn es nur einen Bewerber gibt. Die Wahl eines Direktkandidaten der Linkspartei wird sonst zur Farce. Ein weiterer Grund ist natürlich, dass ich mit Abstand der beste Kandidat bin. Wäre ja komisch, wenn ich daran zweifeln würde.

### Wofür stehst Du vor allem, wenn Du tatsächlich in den Bundestag gewählt würdest?

Ich stehe für eine klare sozialistische und ökologische Opposition ohne die geringste Absicht, irgendwann als kleines Rädchen Teil einer Regierungskoalition mit vermeintlicher Gestaltungsmacht zu sein. Jegliche Regierungsbeteiligung der Linkspartei über die kommunale Ebene hinaus lehne ich ab.

### Warum?

Der wichtigste Teil einer parlamentarischen Parteiendemokratie ist die Opposition! Das Vorhandensein einer aktiven linken Opposition macht den Unterschied zu totalitären Systemen. Wäre unsere Partei Regierung, gäbe es keine linke Opposition mehr. Das hört sich trivial an. Das Nachdenken über diese Trivialität lohnt jedoch. Und unser Land und Europa wurden und werden vor allem aus der Opposition heraus verändert. Fakt!

### Muss Opposition konstruktiv sein?

Nein. Opposition muss die Schwachstellen und Fehler der Regierenden aufzeigen

und Widersprüche und Bedrohungen offenlegen. Opposition darf und muss populistisch sein. Zu ihrem Schaden ist DIE LINKE das meist nicht.

Ich mache das mal am Mindestlohn deutlich: Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat gut begründet dargelegt, warum der Mindestlohn wenigstens 12 Euro betragen muss. Jetzt steht die 12 auch auf den Ansätzen des SPD-Arbeitsministers Heil. Hängen bleibt: SPD ist für 12 Euro Mindestlohn. Nun erkläre mir mal einer, warum DIE LINKE nicht 15 oder 20 Euro Mindestlohn fordert.

### Und kein bisschen konstruktiv?

Ich stehe für klare Opposition. Das schließt natürlich nicht aus, dass ich in einzelnen Sachfragen eine Enthaltung erwägen würde.

### Welche 5 politischen Überzeugungen sind für Dich die wesentlichsten?

So eine Beschränkung auf 5 wesentliche Überzeugungen ist nicht gerade einfach. Aber ich will es mal versuchen:

1. Das Recht, seine Meinung frei äußern zu dürfen, ist ohne Ausnahme zu verteidigen.
2. Jeder der derzeit 7,8 Milliarden Menschen hat das Recht auf ein würdiges Leben. Das für alle Menschen zu erreichen, muss Orientierung für jedes politische Handeln sein. Der politische Ansatz muss daher global sein.
3. Es gibt kein nachhaltiges Wachstum. Ohne Verzicht wird eine nachhaltige Existenz der Menschheit nicht möglich sein. Lösungen unter Beibehaltung und weiterer Verbreitung unserer modernen westlichen Lebensweise sind keine in Sicht. Erzählungen, die uns solche glaubhaft machen wollen, sind Lügen. Das Stellen und Beantworten der Eigentumsfrage ist ein wesentlicher Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften.
4. Krieg war und ist kein zulässiges Mittel zur Durchsetzung von Interessen. Die Gefahr eines Atomkriegs ist real. Das generelle Verbot von Atomwaffen ist für das Überleben der Menschheit essenziell.
5. Unsere Parteiendemokratie ist die rudimentärste Form von Demokratie. Berufspolitiker verhindern jede echte Demokratie. Amts- und Mandatszeiten sind ab Landesebene auf maximal 5 Jahre zu begrenzen. Unsere Volksherrschaft bedarf zwingend einer Überarbeitung ihrer Form.

### Wieso eigentlich DIE LINKE?

Die Linke ist von allen deutschen Parteien diejenige, die meinen politischen



Überzeugungen am nächsten ist. Und sie hat das Potenzial, Bewegung zu werden. Wenn sie es denn zulässt.

### Was ist gut an DIE LINKE?

Die vielfältigen Meinungen, die in der Partei vertreten sind.

### Und was gefällt Dir nicht?

Natürlich die vielfältigen Meinungen, die in der Partei vertreten sind. Kungeleien, unfaire Absprachen und Unterstellungen, um parteiinterne Konkurrenz auszuschalten, scheinen mir in Teilen der Linkspartei doch deutlich ausgeprägt. Das hat der Partei und ihren Inhalten einen ganz erheblichen Schaden zugefügt. Damit muss Schluss sein! Aber nicht ohne auch die Programmatik ernsthaft zu prüfen. Die Linkspartei muss eine sozialistische Partei werden.

### Dein ganz kurzer Steckbrief?

Jahrgang 1971, im Friedrichshain aufgewachsen, lebe und arbeite ich zusammen mit meiner geliebten Frau seit dem Jahr 2000 im idyllischen Waldsieversdorf, Märkische Schweiz. Wir sind Eltern zweier erwachsener Töchter und eines 4-jährigen Sohnes. Ich arbeite als freiberuflicher Ingenieur. Kochen, Tanzen, Malen, Garten, Volleyball, Reisen, Wandern, im See schwimmen, Lektüre aller Art, kontroverse Gespräche bei gutem Wein oder kühlem Bier – das sind die Annehmlichkeiten, die ich genieße. Und ja, ich entspanne gern bei Netflix-Serien und finde deutsche neuzeitliche Filmkomödien ausnahmslos abscheulich.

Reimar Pflanz,  
Buckow, Märkische Schweiz

## Fraktion in Klausur

Die Fraktion der LINKEN in der Strausberger Stadtverordnetenversammlung traf sich am 4. Juli zu ihrer Jahresklausur, um sich über ihre Aufgaben für das 2. Halbjahr 2020 zu verständigen. Dabei wurden eine Vielzahl von Themen erörtert und konkrete Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung festgelegt.

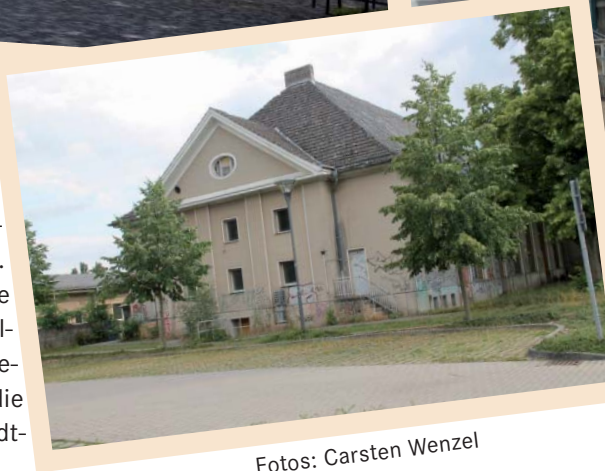
In Auswertung der Diskussion um die Bebauung des Gebietes um den Johanneshof/ Am Wäldchen Süd wird die Fraktion darauf hinwirken, dass sich kommunale Vertreter\*innen zusammen mit der Stadtverwaltung verstärkt mit den verschiedenen vorhandenen Dokumenten zur Stadtentwicklung auseinandersetzen und sich auf eine gemeinsame Strategie einigen.

Strausbergs 100-jähriges Freibad soll schnellstmöglich wieder in Betrieb genommen werden. Damit das gelingen kann, wird die Fraktion die Verwaltung auffordern, lösungsorientierte Vorschläge zu unterbreiten, die ein Betreiben des Freibades möglich machen. Andernfalls werde die Fraktion eine Vorlage einreichen und die Verwaltung veranlassen, einen Ideenwettbewerb aufzurufen, in dessen Folge die Idee des Gewinners durch die Stadtverwaltung zu realisieren ist.

Wir werden in den kommenden Monaten Vorlagen zur stärkeren Beteiligung von Einwohner\*innen einreichen mit dem Ziel, die Webseite der Stadt transparenter zu gestalten. Es soll künftig ein Redaktionsteam für die Neue Strausberger Zeitung geben, in dem interessierte Bürger\*innen mitarbeiten können. Des Weiteren sollen Stadtteilbegehungen durchgeführt werden, die rechtzeitig angekündigt und zeitlich so gelegt werden, dass auch Berufstätige und Schüler\*innen die Gele-

genheit zur Teilnahme haben. Die Möglichkeit, Einwohneranträge zu stellen, soll zukünftig vereinfacht werden.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Strausbergs Politik klimafreundlicher wird. Zum einen sollten künftig alle Vorlagen hinsichtlich ihrer Konformität mit der Lokalen Agenda 2030 überprüft werden. Zum anderen sollte



Fotos: Carsten Wenzel

Strausberg den Klimanotstand ausrufen, um auch die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und entsprechende Verhaltensveränderungen in Gang zu setzen.

Jenny Stiebitz  
Strausberg

## Alte Leichen aus dem Keller bergen

Was tun, wenn die Erwartungen der Bürger einer Kommune sich nicht nur auf Wohnen und Schlafen begrenzen und der Wartungsstau, auch durch Fehlmanagement, an der Substanz der einzelnen Objekte so groß ist, dass der Abriss bzw. das Verfallen lassen als einzige mögliche Option erscheint?

Diese und ähnliche Fragen stehen für die Entscheidungsträger auch in Strausberg an!

Es kann nicht nur das Ziel sein, neue Bürger mit Grundstücken und günstigem Wohnraum in unsere Stadt zu

locken und somit Steuertaler in das Stadtsäckchen zu bringen. Dieser Wettkampf mit den benachbarten Kommunen ist nicht zielführend. Ziel sollte viel mehr sein, neben erforderlichem, gern auch sozialem, Wohnraum für die Absicherung eines hohen Lebenswertes zu sorgen. Dazu gehört für viele Strausberger\*innen neben Arbeiten und Wohnen auch Freizeitgestaltung. Es ist nicht sinnvoll, mit Schuldzuweisung zu agieren. Zum Beispiel, wer ist für den Abriss des Clubs am See bzw. die Vernachlässigung seines vis-à-vis der Festhalle, verantwort-

lich, sondern gemeinsam mit allen, Ressourcen zu bündeln und den überfüllten Rucksack an Aufgaben abzuarbeiten!

Im gemeinsamen Zusammenwirken Entscheidungsträger mit auftraggebender Bürgerschaft, im Verbund mit den benachbarten Kommunen!

Nur so kann die Vielzahl an Projekten zu bewältigen sein, und unsere wunderschöne Region wird für ihre Bürger, die vielen Gäste gewinnbringend entwickelt werden.

Der Stachel



## Hartes Ringen um die Zukunft des Kulturhauses Rüdersdorf

Die Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin verfügt mit ihrem an der A10 gelegenen weithin bekannten Kulturhaus „Martin Andersen Nexö“ – umgangssprachlich auch „Akropolis“ genannt – über ein in Fachkreisen hochgelobtes Denkmal der Bau- und Lebenskultur der verblichenen DDR.

In einer Bauzeit von nur 27 Monaten entstand das Kulturhaus zwischen 1954 und 1956 unter reger Beteiligung auch vieler Rüdersdorfer bei freiwilligen Arbeitseinsätzen. Die Einweihung erfolgte am 12. Oktober 1956. Das Kulturhaus gehörte mit seiner Nutzfläche von 2500 qm zu den größten seiner Art in der DDR. Im großen Saal fanden bis zu 550 Zuschauer Platz.

Die Architektur des Hauses verkörpert beispielhaft die DDR-Architektur der 1950-er Jahre. Heute stellt das Kulturhaus Rüdersdorf ein in vielerlei Hinsicht herausragendes Baudenkmal dar. Städtebaulich durch seine markante Lage, funktional durch seinen ununterbrochenen Betrieb und baulich, weil es seit seiner Einweihung nahezu unverändert erhalten ist. Landeskonservator **Dr. Thomas Drachenberg** zeigte sich bei einer Besichtigung im Jahr 2017 denn auch ausgesprochen begeistert und schlug der Gemeinde eine Bewerbung im Förderprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ vor.

Da die Gemeinde Rüdersdorf die dringend notwendige bauliche und brandschutztechnische Ertüchtigung des Gebäudes bei Berücksichtigung der denkmalrechtlichen Erfordernisse nicht aus eigener Kraft stemmen kann, wurden die vorbereitenden Fachgutachten beauftragt, und auf dieser Grundlage die Fördermittelanträge im Herbst 2019 auf den Weg gebracht. Sowohl für die denkmalgerechte bauliche Sanierung wie auch die dringliche brandschutztechnische Ertüchtigung des Gebäudes wurden der Gemeinde nun Bundes- und Landesförder-

mittel in Aussicht gestellt. Wie aber bei jedem Förderprogramm üblich verbleibt bei der Gemeinde ein gewisser zu leistender Eigenanteil. Der finanzielle Gesamtumfang allein der förderfähigen Leistungen beläuft sich auf fast 8 Mio. Euro, wovon die Gemeinde einen Eigenanteil von fast 2 Mio. Euro stemmen muss. Darüber hinaus sollte für eine zeitgemäße Nutzung des Kulturhauses jedoch auch in die entsprechende technische und energetische Modernisierung investiert werden. Dafür müsste die Gemeinde jedoch ausschließlich aus eigenen Mitteln aufkommen. Vorsichtige Schätzungen gehen dafür von einem weiteren Finanzbedarf von ca. 1 Mio. Euro aus.

Die Gemeindevertreter hatten also eine schwerwiegende Entscheidung mit Langzeitfolgen auch für das übrige Investitionsgeschehen in der Gemeinde zu treffen. Und es stehen zahlreiche Maßnahmen auf der Bedarfsliste – angefangen von Kita- und Hortbauten bis hin zu z. B. schon oft aufgeschobenen Straßenbaumaßnahmen.

Als alternative Variante wurde deshalb auch ein eventueller Verkauf des Kulturhauses unter Auflagen und/oder die Suche nach einem solventen Betreiber in die Diskussion eingebracht. Die Gemeindevertretung hat sich die Entscheidung, wie weiter verfahren werden soll, nicht leicht gemacht, und sich trotz CORONA-Einschränkungen mehrfach zu Sitzungen getroffen, um alle Optionen und Eventualitäten gründlich zu erörtern, zuletzt am 22. Juni 2020.

Unsere Fraktion der LINKEN in der Gemeindevertretung hatte sich klar abgestimmt und positioniert, dass das Kulturhaus weiter im Eigentum der Gemeinde verbleiben muss, auch um die Nutzung als eine Einrichtung der Kultur- und Daseinsfürsorge für die Einwohner von Rüdersdorf, für Vereine usw. zu sichern. Dafür



sollen die Fördermaßnahmen möglichst zügig durchgeführt, und auch die energetische und technische Modernisierung umgesetzt werden. Zur finanziellen Sicherung sind weitere mögliche Förderquellen kreativ zu erschließen.

Diese Argumentation haben wir in den Sitzungen der Gemeindevertretung nachdrücklich vorgebracht. Aber auch die anderen Fraktionen – mit Ausnahme von einigen Mitgliedern der SPD-Fraktion – trugen ein solches Vorgehen mit. Somit hat sich letztendlich die Gemeindevertretung am 22. Juni 2020 mit großer Einigkeit zu ihrem Kulturhaus bekannt.

Wir hoffen, dass die Fördermittelzusagen zeitnah beschieden werden und es nun zügig mit der Umsetzung der dringlichen Sanierung des Hauses vorangeht.

*Mehr zur Geschichte und historischen Einordnung des Kulturhauses in folgendem Beitrag von Dr. Uwe Schieferdecker von der Brandenburgischen Stadterneuerungsgesellschaft mbH*

<https://www.ruedersdorf.de/seite/426763/kulturhaus.html>

*Weitere Dokumente zur Beschlussfassung in der Gemeindevertretung finden sich auf den Ratsinfoseiten der Gemeinde, z. B. hier*

<http://ratsinfo-online.net/ruedersdorf-bi/to010.asp?SILFDNR=11330>

*Monika Huschenbett  
Mitglied der GV Rüdersdorf*

## Jugendbildungsstätten sichern – außerschulische Lernorte sichern

Auf meiner Sommertour im Juli habe ich Jugendbildungsstätten in Brandenburg besucht.

Eigentlich sind die Monate Mai, Juni und August, September die auslastungsstärksten des Jahres. In diesen vier Monaten tummeln sich in den neun Jugendbildungsstätten des Landes Kinder und Jugendliche, die an Klassenfahrten, Bildungsseminaren, Ferienfreizeiten oder internationalen Jugendbegegnungen bspw. in Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, teilnehmen. Doch nicht so in diesem Sommer. Die Jugendbildungsstätten, in denen je nach Größe jährlich zwischen 12000 und 56000 Übernachtungen stattfinden, sind nach der Komplettschließung in den ersten

Wochen der Corona-Pandemie mit Stornierungen konfrontiert.

Wenn es „gut“ lief, könnten sie dieses Jahr 30 % der üblichen Auslastung erreichen, andere hoffen noch auf 60 bis 70 %. Auch wenn das Land seine Förderung für ausgefallene Bildungsveranstaltungen nicht zurückverlangt und ein eigenes Hilfsprogramm für Bildungsstätten und KiEZe (Kinder- und Jugendberufshilfen) in der Höhe von 10 Millionen Euro aufgelegt hat, die drohenden Defizite können damit nicht kompensiert werden. Alle Leiterinnen der →



*von l. n. r.: Darius Müller, Leiter des Bildungs- und Begegnungszentrums Schloss Trebnitz, Isabelle Vandre (MdL), Bettina Fortunato (MdL)*

## Die AfD vor die Tür setzen

Dass die AfD im Landkreis Märkisch-Oderland Teil des rechtsextremen Flügels ist, hat sie erneut Ende Juni unter Beweis gestellt: Ihre Kreismitgliederversammlung wurde vom Neonazi und AfD-Spitzenpolitiker Andreas Kalbitz besucht. Um ihn gibt es viel Wirbel, da er wegen seiner Vergangenheit in neonazistischen Organisationen aus der Partei ausgeschlossen wurde. Der Besuch von Kalbitz in MOL wurde, wie zum Trotz, von der hiesigen AfD so kommentiert:

„Besonders gefreut haben wir uns über die Teilnahme des Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz, der im späteren Verlauf des Nachmittags zu uns kam. Für uns eine Ehre und der Ausdruck für Kameradschaft, Geschlossenheit und Zusammenhalt.“

Es gibt also keinerlei Zweifel, dass die AfD in MOL eine Ansammlung von FaschistInnen ist.

Umso erstaunlicher finden wir es, dass der Betreiber der Gaststätte „Zum Alten Steuerhaus“ den regelmäßigen Stammtischen der AfD Platz gewährt, nachdem etliche Gaststätten und Kneipen in MOL die AfD vor die Tür gesetzt haben.

Wir fordern die Betreiber der Gaststätte „Zum Alten Steuerhaus“ auf: Setzt die AfD vor die Tür – keine Profite durch FaschistInnen!

Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, kommt zu unserer Kundgebung vor dem

**„Zum Alten Steuerhaus“ am 5. September  
15 Uhr, Hohensteiner Chaussee 19, 15344  
Strausberg**

VVN-BdA Kreisverband Märkisch-Oderland

## Kurznachricht vom Arbeitslosen- verband/Tafel MOL



Der Arbeitslosenverband Brandenburg mit dem Teilsektor Tafel kann eine verbesserte Lage im Vergleich zu den Lockdownwochen vermeiden.

Dank der partnerschaftlichen Unterstützung einzelner Lebensmittelketten, die gute Lebensmittel nicht sinnlos in den Abfall entsorgen, können Bedürftige weiterhin unterstützt werden.

Um die vielfältigen Aufgaben des Arbeitslosenverbandes abzusichern, sind weiterhin zusätzliche finanzielle Unterstützung und helfende Hände nötig,

Besonders dringend werden kräftige Helfer\*innen als Fahrer\*innen gesucht, die als Bundesfreiwillige auch längere Zeit bei der körperlich anspruchsvollen Arbeit Unterstützung bieten können. Hierzu können sich auch ältere Mitbürger\*innen melden!

Eventuellen Fragen zu Spendenmöglichkeiten, Fördermitgliedschaften und Hilfsangeboten beantwortet Ihnen gerne der Arbeitslosenverband in der Klosterdorfer Chaussee 15 in Strausberg, Telefon 0334 1-217460 od.61.

Carsten Wenzel  
Strausberg

## Kriegswaffenexporte boomen



„Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres hat die Bundesregierung Kriegswaffen für fast eine halbe Milliarde Euro verkauft. Die Ausfuhr von nahezu 40 Prozent mehr Kriegswaffen als im Vorjahreszeitraum in einer Welt, in der die Konflikte jeden Tag zunehmen, ist völlig unverantwortlich“, erklärt am 14. Juli **Sevim Dagdelen**, Obfrau im Auswärtigen Ausschuss und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf ihre Schriftliche Frage zur Ausfuhr von Kriegswaffen im ersten Halbjahr 2020.

„Gerade mit den Kriegswaffenexporten an Ägypten und die Türkei befeuert die Bundesregierung die Konflikte in und am Mittelmeer

und verletzt damit sogar die eigenen laxen Rüstungsexportrichtlinien in eklatanter Weise. Insbesondere an das Erdogan-Regime dürfen Rüstungsexporte weder genehmigt noch ausgeliefert werden. Das gilt angesichts des Seegrenzen- und Erdgasstreits mit den EU-Mitgliedern Zypern und Griechenland auch für den maritimen Bereich. Wer sein eigenes Bekenntnis, international mehr Verantwortung zu übernehmen, ernst nehmen würde, müsste die Exporte von Kriegswaffen in alle Welt stoppen.

Es ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, dass die Bundesregierung ihre Genehmigungen für Waffenexporte zur Geheimsache macht. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, welche Rüstungsgüter mit Genehmigung der Bundesregierung insbesondere an Autokratien wie Ägypten und die Türkei geliefert wurden.“

zwischen den Kindern und Jugendlichen, das Entdecken und die Entwicklung von Interessen und Fähigkeiten, kurz das „Lernen durch Erleben“. Darauf zu verzichten würde nicht nur die Jugendbildungsstätten existenziell bedrohen, sondern wäre auch für die Kinder und Jugendlichen von Nachteil. Es braucht daher ein klares Bekenntnis zu den Jugendbildungsstätten und ihrer pädagogisch wertvollen Arbeit. Das meint nicht nur eine langfristige finanzielle Absicherung, sondern das tatsächliche Zusammenwirken schulischer und außerschulischer Bildung.

Isabelle Vandre  
Kinder- und Jugendpolitische  
Sprecherin der Linksfraction im Landtag

Fortsetzung von Seite 9

→ Einrichtungen waren sich einig: Was sie brauchen sind Unterstützungen, die länger als drei Monate beansprucht werden können, wie im aktuellen Hilfsprogramm vorgesehen. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Potentiale außerschulischer Lernorte erkannt, oder der Bildungsbegriff auf die Abarbeitung schulischer Curricula reduziert werden wird. Weder Klassenfahrten noch in Bildungsstätten durchgeführte Projektwochen sind reine Freizeitvergnügen, in denen es ausschließlich um Stockbrot und Lagerfeuer geht. Im Mittelpunkt stehen bei ihnen die Interaktion

## Spaltung oder Chance eines überparteilichen Schulterschlusses



Die Basis der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ versucht eine bundesweite Vernetzung und somit einen ernstzunehmenden Neustart!

Hierbei versuchen Sie zu klären, wo ihr derzeitiger Stand in der politischen Landschaft ist und wie die zukünftige Organisationsstruktur, auch in Bezug zum Trägerverein, sein soll! Eine weitere zu klärende Frage sind die geplanten Aktionen auf Bundesebene! Die Linke allgemein und DIE LINKE insbesondere wird sich mit dieser Bewegung beschäftigen müssen und Wege eines für alle gewinnbringenden Zusammenwirkens gemeinsam finden.

Ignorieren ist nicht der Weg!

Carsten Wenzel

## Die Gesellschaft täglich besser machen



*Liebe Genossinnen und Genossen,*  
 eure Redakteurin hat mir den Auftrag erteilt, einen Text für eure Zeitung zu schreiben. Ich habe sofort zugesagt, und drücke mich seitdem aber, den Text auch zu schreiben. Sie hat mich zum Beispiel gefragt, was ich mir von unseren Mitgliedern wünsche. Heute habe ich einen Tag Urlaub und beschlossen, dass ich euch das gerne ganz ehrlich aufschreibe: ich wünsche mir, dass wir eine Partei sind, in der jeder gerne Mitglied ist und das auch voll Freude und auch ein bisschen liebevoll sagen kann. Ich glaube, wir alle können hin und wieder etwas sozialistische Nestwärme vertragen – ich übrigens auch. Ich wünsche mir eine Partei, in der sich die Genossinnen und Genossen gegenseitig praktisch unterstützen, füreinander da sind, füreinander eintreten. Eine Partei, in der wir uns gegenseitig unterstützen und das Leben ein bisschen leichter machen. Aber nicht nur untereinander – ich glaube, das ist auch der Schlüssel, damit wir wieder mehr werden können. Mehr Mitglieder und mehr Wählerinnen und Wähler. Wenn wir nach außen tragen, was wir nach innen als Genossinnen und Genossen leben, laden wir andere ein, bei uns mitzumachen. Während der Corona-Krise habe ich eine Partei erlebt, die nach einem kurzen Schreckmoment die Köpfe zusammengesteckt hat (natürlich mit Mindestabstand!) und

*Liebe Anja, in der heutigen Zeit, wo Hilfe und Solidarität mehr gefragt sind denn je, würde ich gern von Dir wissen, wo es mit uns LINKEN hingehen soll, warum soll man uns LINKE wählen, was unterscheidet uns von anderen Parteien und was wünschst Du Dir von unseren Mitgliedern. Ich würde mich freuen, wenn Du als Anja ungezwungen und persönlich antwortest.*

*Dieser Artikel sollte zu einem Gedankenaustausch anregen. Ich bedanke mich bei Anja Mayer für die offenen Worte.*

*Simone Schubert*

gemeinsam überlegt hat, wie wir das Parteileben aufrechterhalten werden können. Es wurden Telefonketten für unsere älteren und alleinstehenden Genossinnen und Genossen organisiert, Einkaufstouren, Spendensammlungen für die Tafel, alle BO-Mitglieder durchtelefoniert – ich kann gar nicht alles aufzählen. Wir haben als Partei wieder mehr miteinander geredet. Wir sind ein Stück zusammengewachsen. Und das haben wir auch in die Gesellschaft ausgestrahlt, nicht nur untereinander. Übrigens hält das bis heute an. Bei uns melden sich immer noch Menschen, die praktische Hilfe brauchen bei der Realisierung von kleinen, tollen Projekten. Natürlich helfen wir wo wir können – sei es mit dem Spaten oder mit Essenspaketen!

Ich glaube, beides – wohlwollend miteinander umzugehen und praktisch zu helfen – kann dazu beitragen, dass wir mit geradem Rücken und einem Lächeln auf den Lippen auf die Menschen zugehen und sie einladen können, mit uns gemeinsam für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen – denn „klein“ haben wir LINKEN noch nie gedacht. Ja, ich bin davon überzeugt: Wir können nur wieder mehr werden und mehr erreichen, wenn wir gemeinsam optimistisch nach vorn schauen. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns fortan alle nur ausreichend liebhaben müssen und dann klappt es schon mit

dem demokratischen Sozialismus. Im Gegenteil: DIE LINKE steht wie keine andere Partei für kontroverse Debatten und Diskussion um das beste Argument. Und das ist im Übrigen auch gut so, sonst wäre es ja nicht unsere LINKE! Aber entscheidend ist, dass wir Differenzen im Inneren austragen und nach Außen aber deutlich machen, dass kein Blatt zwischen uns passt. Das setzt ein gehöriges Maß an gegenseitiger Wertschätzung voraus. Es setzt voraus, dass ich bereit bin, dem anderen so zuzuhören, als bestünde die Möglichkeit, dass er Recht haben könnte. Und es setzt voraus, dass ich bereit bin, dem anderen zu unterstellen, dass er oder sie auch nur das Beste für unsere gemeinsame Partei will.

Als ich während der Corona-Krise in der Notaufnahme ausgeholfen habe, ist mir eines sehr deutlich geworden: Durch diese stürmischen gesellschaftlichen Zeiten, in denen wir zum Teil nur unsicher sein können, was auf uns zukommt, gibt es für uns als LINKE eigentlich nur einen Weg. Wir müssen zusammenhalten, wir müssen solidarisch untereinander und gegenüber anderen sein, wir müssen dort helfen, wo Hilfe am dringendsten benötigt wird, und wir müssen immer und immer wieder deutlich machen, dass wir es niemals hinnehmen werden, dass die Schwachen immer schwächer und Starken immer stärker werden. Das geht nur als Team und mit einer unumstößlichen Portion Optimismus. Das gehört nämlich auch zur sozialistischen Politik dazu.

Ich weiß, dies ist ein eher ungewöhnlicher Artikel einer Landesvorsitzenden in eurer Zeitschrift. Aber ehrlich gesagt, habe ich mich über die Frage, was ich als Anja gerne mal schreiben würde, sehr gefreut. Lasst uns darüber reden, wie wir unser Parteileben jeden Tag ein bisschen schöner machen können und die Gesellschaft jeden Tag ein bisschen besser!

Herzliche und solidarische Grüße,

*Eure Anja*

**Bürgerbüros**

**Bettina Fortunato (MdL)**  
**Bürgerbüro Seelow**  
 Breite Straße 9  
 15306 Seelow  
 Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
 Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
 E-Mail: buero-fortunato@t-online.de  
 www.bettina-fortunato.de

**Geschäftsstellen**

**Kreisgeschäftsstelle MOL**  
 www.dielinke-mol.de  
 E-Mail: info@dielinke-mol.de

**Bad Freienwalde**  
 Grünstraße 8  
 16259 Bad Freienwalde  
 Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
 dienstags 9.30 bis 11.30 Uhr  
 ab September voraussichtl.  
 auch wieder donnerstags  
 16.00 bis 18.00 Uhr  
 E-Mail: frw@dielinke-mol.de  
 www.dielinke-frw.de

**Strausberg**  
 Große Straße 45  
 15344 Strausberg  
 Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
 Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
 E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de  
 www.dielinke-strausberg.de

**LinksTreff**

**LinksTreff Seelow**  
 Breite Straße 9  
 15306 Seelow  
 Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
 E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
 www.dielinke-seelow.de

### Öffnung der Büros der LINKEN im August

- **Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. MOL in Strausberg:** wieder von Montag bis Donnerstag von 9.0 bis 12.00 Uhr geöffnet
- **LinksTreff in Seelow:** dienstags von 9.00 bis 12.00 Uhr
- **Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:** Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 13.00 Uhr

**Termine August/September**

Termine für die **Friedenswoche** siehe bitte erste Seite Impulse

**19. August**, 18.30 Uhr, **Kreisvorstandssitzung**, Geschäftsstelle der LINKEN Strausberg, Große Str. 45. Im Mittelpunkt steht die Vorbereitung der Bundestagswahlen.

**22. August**, 10.00 Uhr, **antifaschistische Gedenkwanderung im Gamengrund** des VVN-BdA MOL zur Erinnerung an 50 Antifaschisten, die sich hier am 24. August 1941 trafen. Start ist am Bahnhof Tiefensee

**24. August**, 10.30 Uhr, **gemeinsame Wanderung** der DKP Strausberg zur antifaschistischen Gedenkstätte im Gamengrund, Treffpunkt: Parkplatz an der B 158 Prötzel-Tiefensee, Richtung Tiefensee. Auf der Gedenkveranstaltung um 11 Uhr spricht der Vorsitzende der DKP Brandenburg, Michael Grüss. Isabell Neufeldt singt antifaschistische Lieder.

**25. August**, 19 Uhr, **offenes politisches Gespräch** in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg zum Thema „Kreisschulentwicklungsplan“

**2. September**, 17 Uhr, **Kreistagssitzung MOL** im Kreiskulturhaus Seelow, Erich-Weinert-Straße 13

**5. September**, 15 Uhr, **Kundgebung „Setz die AfD vor die Tür“** vor der Gaststätte „Zum Alten Steuerhaus“ Hohensteiner Chaussee 19, Strausberg.



Unsre Herrn, wer sie auch seien,  
 Sehen unsre Zwietracht gern,  
 Denn solange sie uns entzweien,  
 Bleiben sie doch unsre Herrn.

**Vorwärts und nicht vergessen,  
 Worin unsere Stärke besteht!**

**Beim Hungern und beim Essen,  
 Vorwärts und nie vergessen:  
 die Solidarität!**

Proletarier aller Länder,  
 Einigt euch und ihr seid frei.

Eure großen Regimenter  
 Brechen jede Tyrannei!

**Vorwärts und nicht vergessen  
 Und die Frage konkret gestellt**

**Beim Hungern und beim Essen:  
 Wessen Morgen ist der Morgen?  
 Wessen Welt ist die Welt?**

Bertolt Brecht

## impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

**Bitte sendet uns Beiträge  
 aus Euren Kommunen!**

**Schreibt uns in Leserbriefen,  
 was euch auf der Seele  
 brennt!**

**Euer Redaktionsteam:**

Renate Adolph,  
 Reimar Pflanz,  
 Simone Schubert,  
 Carsten Wenzel

←  
 Karikatur: Reimar Pflanz

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat